

Klimavertrag: Von der Euphorie zurück zur Realität

20.12.2015 | 18:09 | ANGELA KÖPPL UND STEFAN SCHLEICHER (Die Presse)

Welche Handlungsoptionen gibt es für Österreich?

Die Klimaverhandlungen in Paris resultierten in einem neuen globalen Klimavertrag, der weltweit mit großer Euphorie aufgenommen wird. Die Vereinbarung kann man tatsächlich als wichtigen Impuls für die Klimapolitik interpretieren, die neue ökonomische Signale für langfristige Investitionen setzen wird.

Die Herausforderung ist nun, diesen Klimavertrag im Sinne eines „best effort“ in die reale Politik und Wirtschaft zu transferieren. Eine Kernaussage dieses Vertrags, dass nämlich nicht mehr die gesamten Ressourcen an fossilen Energieträgern einer Nutzung zugeführt werden können, wurde von CEOs prominenter Unternehmungen in Paris unterstützt. Das bedeutet weitreichende Konsequenzen für Investitionsentscheidungen von Unternehmungen bis zu den Haushalten.

Auch für Österreich stellt sich die Aufgabe einer grundlegenden Transformation des Energiesystems im Sinne der Pariser Vereinbarung, die schon in wenigen Jahrzehnten einen radikalen Ausstieg aus Fossilen ermöglicht. Das setzt in der Analyse und den daraus abgeleiteten Strategien und Politikinstrumenten aber auch eine grundlegende Veränderung des Mindsets voraus, das für eine solche Transformation notwendig ist.

Neu zu lernen ist dabei das Vokabel der Energiedienstleistungen, die nicht mit Energiemengen zu verwechseln sind. Beispiele sind ein angenehmes Raumklima im Zusammenhang mit Gebäuden oder der Zugang zu Menschen oder Gütern im Bereich Mobilität. In beiden Fällen kann diese Energiedienstleistung auf unterschiedliche Weise, mit sehr unterschiedlichen Mengen an Energie und unterschiedlichen Energieträgern erfüllt werden. Um technologische Lock-in-Situationen zu vermeiden, wären aber sofort Weichenstellungen dort zu setzen, wo jetzige Investitionen langfristige Folgen für Energie und Emissionen haben: Der erste Schlüsselbereich sind Gebäude, bei denen die ab 2020 geltenden Standards der EU-GebäudeRichtlinie schon ab 2017 implementiert werden sollten. Das würde im Neubau fossile Energie schon deshalb redundant machen, weil diese Gebäude nahezu einen Null-Energiestandard

erreichen müssen. Offen ist der Umgang mit dem Gebäudebestand, wo Mittel der Wohnbauförderung schon jetzt nicht in ausreichendem Maße für Sanierungen zur Verfügung stehen, sondern von den Bundesländern teilweise für Nicht-Wohnbauzwecke verwendet werden.

Im zweiten Schlüsselbereich Mobilität gibt es auch in Österreich weiterhin kontraproduktive steuerliche Anreize, von der nicht treffsicheren Pendlerpauschale bis hin zur begünstigten Privatnutzung von Dienstautos. Weitere Gestaltungsaufgaben reichen von einem attraktiven Angebot an öffentlichem Verkehr über die Raumplanung bis zur Infrastruktur für die aufkommenden Elektro-Fahrzeuge.

Im dritten Schlüsselbereich der Sachgüterproduktion ist die große Herausforderung, Technologiesprünge durch eine zielgerichtete F-&-E- und Innovationspolitik anzustoßen, unter anderem für die energieintensiven Sektoren. Eher unterschätzt wird bisher die Landwirtschaft, wo bei Pflanzen und Tieren die industrielle Landwirtschaft nicht mit einer kohlenstoffarmen Wirtschaft kompatibel ist.

Ein Großteil der energierelevanten Infrastruktur (Gebäude, Anlagen, Verkehr) wird bis 2050 allein schon aus Altersgründen zu erneuern sein. Dabei könnte in vielen Bereichen die Energieproduktivität vervielfacht werden. Damit wären die absehbaren Energiedienstleistungen leicht mit der Hälfte der jetzigen Energiemengen zu erfüllen. Zur Realisierung einer solchen Transformation bedarf es aber nicht nur für die CEOs der Energieunternehmen eines Updates unseres Umgangs mit Energie.

Angela Köppl ist Ökonomin im Bereich Energie und Klima am Österreichischen Institut für Wirtschaftsforschung. Stefan Schleicher ist Professor am Wegener Center für Klima und Globalen Wandel an der Universität Graz.

<http://diepresse.com/home/meinung/gastkommentar/4891492/print.do> 2/2